

Ignoranten unter sich

Wie bereits im ¡fijate! Nr. 210 vom 24. Mai 2000 berichtet, hat die US-amerikanische Solidaritätsgruppe *Rights Action* anlässlich der Frühjahrssitzung der Weltbank eine Wiedergutmachungsklage für die Opfer des Massakers von Río Negro angestrengt. Im Rahmenprogramm dieser Sitzung wurden bei einer ganztägigen Konferenz an der amerikanischen Universität in Washington Vorträge zu Themen rund um die Globalisierung gehalten.

In der Mittagspause dieser Konferenz konnte zufälligerweise ein persönliches Gespräch zwischen James Wolfensohn, Präsident der Weltbank, Stanley Fischer, Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Ben Ladner, Präsident der amerikanischen Universität, aufgenommen werden, weil die Herren vergassen, ihre Knopflochmikrofone auszuschalten. Ein unabhängiges Medienzentrum in Philadelphia hat die Aufnahmen transkribiert und per Internet veröffentlicht.

Rights Action hat diejenigen Stellen, die im Zusammenhang mit der Wiedergutmachungsklage für die Chixoy-Damm-Vertriebenen relevant sind, kommentiert. (Das vollständige Transkript kann auf <http://www.nisgua.org/AU.html> eingesehen werden.)

Rights Action betont, dass die Aufnahmen nicht durchgehend einwandfrei verständlich sind und keineswegs als offizielle Stellungnahme der Weltbank gelesen werden können. Sie gäben aber sicherlich Aufschluss über die persönliche Haltung und das Einfühlungsvermögen der Verantwortungsträger.

Wir veröffentlichen hier diejenigen Passagen des Gesprächs, in denen es um die Wiedergutmachung an den Opfern der Massaker von Río Negro geht. Wir wollen damit aufzeigen, dass es eine grosse Diskrepanz gibt zwischen den in der Öffentlichkeit gemachten Zugeständnissen (z.B. der guatemaltekischen Regierung bezüglich der Wiedergutmachung in zehn Fällen von Menschenrechtsverletzungen) und der persönlichen Einstellung der Verantwortlichen zu ihren Taten. Auf diesem Hintergrund ist die Forderung vieler Menschenrechtsorganisationen zu verstehen, die sich nicht mit einer finanziellen Abspeisung begnügen wollen und eine Strafverfolgung der Täter und Gerechtigkeit für die Opfer verlangen. Wiedergutmachung ist ein gegenseitiger Prozess und solange ein Denken wie dasjenige von Wolfensohn und Konsorten vorherrscht, wird ein solcher Prozess niemals in Gang kommen.

Transkribierte Gesprächsausschnitte, die das Chixoy-Damm-Projekt in Guatemala betreffen

J.W.: alles ist sehr subjektiv... sie brachten eine indigene Person, die 1975 umgesiedelt wurde ... (**B.L.:** jawohl) ... und deren Familie ruiniert wurde ... (**B.L.:** richtig) ... und jetzt machen sie uns verantwortlich für die Probleme von Guatemala ... (**B.L.:** richtig) ... und wir sagen, dass dort 32 Jahre Bürgerkrieg war und Zehntausende umgebracht wurden, und dass dies wahrscheinlich nichts mit dem Projekt zu tun hat ... (**B.L.:** richtig) ... aber dann wird wieder irgend jemand ein Buch schreiben, um das macht die Antwort sehr schwer ... (**B.L.:** oh, ja, richtig) ... also suchst du weiter und beschäftigst dich mit den Details, mit den Chixoy-Indianern, so wie wir es machen, etc.... (**B.L.:** richtig) ... und dann sind sie zuerst einverstanden und wir meinen, das ganze Ding gelöst zu haben. Und jetzt kommt ein anderer Chixoy-Indianer, der sagt "Gut, wir schätzen was ihr gemacht habt, aber jetzt wollen wir Wiedergutmachung und Schadenersatz ... (**B.L.:** Ha ha ha ha ha) ... und so haben wir ein ... (**B.L.:** ihr müsst alles wieder von vorne anfangen)... einen Indianer hier, der sehr gewillt ist, es zu tun. Und diese indigenen Leute, ich denke nicht, dass sie keine Probleme hatten, aber sie sind auch clever ... (**B.L.:** sicher) ... Also die kommen und denken, "das ist ein recht guter Weg, ein bisschen Geld zu machen", ja ... (**B.L.:** richtig, richtig) ...

St. F. Und du kannst nichts über die Opfer sagen, weisst du, es ist ...

B.L.: nein, ausgeschlossen.

St.F. Gut, viele der Diskussionen laufen auf der Ebene "da gibt es ein Problem und du bist hier, also bist du schuldig".

Kommentar von "Rights Action"

Schon die Bezeichnung "Chixoy-Indianer" ist unkorrekt. Es handelt sich bei den umgesiedelten Indígenas um Angehörige der Achí Maya-Bevölkerung. Die Person, die im März/April 2000 in die USA und nach Kanada kam, war Carlos Chen Osorio, ein Überlebender der vier Massaker von Río Negro. Seine schwangere Ehefrau und zwei Kinder waren unter den 177 Frauen und Kindern, die im zweiten Massaker von Río Negro vom 13. März 1982 ermordet wurden.

Wenn James Wolfensohn kommentiert "...und jetzt machen sie uns verantwortlich für die Probleme von Guatemala...", verzerrt er die Argumente von *Rights Action* bezüglich der Rolle der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank in den Río Negro- / Chixoy-Damm-Massakern. Die Verantwortung der Banken ist ein-

deutig erwiesen. Mit dem Entschluss, nahezu 300'000 US-\$ an ein Militärregime zu zahlen, das im ganzen Land Repression ausübt (inklusive Genozid in den vor allem von Mayas bevölkerten Regionen), wurden die Banken mitverantwortlich für die Aktionen dieses Militärs, insbesondere im Zusammenhang mit dem spezifischen Projekt, das sie finanzierten: Dem Bau des Chixoy-Dammes.

Wolfensohn sagt weiter: "... und wir sagen, dass dort 32 Jahre Bürgerkrieg war und Zehntausende umgebracht wurden, und dass dies wahrscheinlich nichts mit dem Projekt zu tun hat..."

Erstens beunruhigt es, wie der Präsident der Weltbank so beiläufig zugibt, dass die Weltbank wusste, dass sie mit einem Militärregime verhandelte, in einem Land, wo Zehntausende umgebracht wurden.

Ausserdem bestätigt die US-Wahrheitskommission, dass die Opfer der Massaker hauptsächlich Mayas waren und die Zahl der Toten über 200'000 liegt. Diese wurden mehrheitlich zwischen 1978 und 1983 ermordet – in den Jahren des Chixoy-Dammbaus.

Noch wichtiger ist aber, dass Wolfensohn's Aussage einen zentral wichtigen Punkt des Diskurses nennt. Die Weltbank versucht nämlich, damit zu argumentieren, dass ihre massive finanzielle Unterstützung nichts mit der Repression rund um das Chixoy-Dammbau-Projekt zu tun hatte. Ohne hier in

die Details zu gehen, lohnt es sich, die Weltbank an die Untersuchungen der guatemaltekischen Wahrheitskommission (CEH) zu erinnern. Diese zeigt eine konkrete Verbindung auf zwischen den Repressionen gegen diejenigen, die sich der Umsiedelung entgegenstellten und dem Bau des Staudammes. Ein guatemaltekischer Beamter sagte in den Untersuchungen der CEH aus: "Um die Leute wegzukriegen, mussten wir sie entweder dazu überreden oder zwingen. Verhandeln mit denjenigen, die wollten, und diejenigen zwingen, die nicht wollten." Die Wahrheitskommission zieht den Schluss, dass der friedliche Widerstand der Bevölkerung mit Gewalt und Repression zerschlagen wurde.

Weiter sagt Wolfensohn: "...und dann waren sie einverstanden und wir haben das ganze Ding gelöst. Und jetzt kommt ein anderer Chixoy-Indianer, der sagt "Gut, wir schätzen, was ihr gemacht habt, aber jetzt wollen wir Wiedergutmachung und Schadenersatz..."

Mit dieser Aussage behauptet Wolfensohn also, es werde Manipulation betrieben, indem verschiedene Repräsentanten der Region zu verschiedenen Zeiten auftreten. Das ist nicht der Fall.

Zudem behauptet er, dass die Weltbank das ganze Problem gelöst hat. Die *Rights Action* weist diese Behauptung zurück. Die Weltbank hat zwar auf Grund der Publikation von *Witness for Peace*

aus dem Jahre 1996 einige wenige Schritte unternommen, um die schrecklichen Bedingungen zu verbessern, unter denen die Überlebenden der Massaker von Río Negro leben.

Dennoch muss festgehalten werden, dass die Opfer bis heute unter weit schlechteren Bedingungen leben als vor ihrer Vertreibung. Es ist nur logisch, dass die überlebenden Gemeindemitglieder volle und gerechte Wiedergutmachung fordern. Wäre Wolfensohn selbst ein Überlebender der Massaker und zur Umsiedlung gezwungen worden, würde er bestimmt anders reden.

Im weiteren sagt Wolfensohn, "...und diese indigenen Leute, ich denke nicht dass sie keine Probleme hatten, aber sie sind auch clever. Also die kommen und denken, "das ist ein recht guter Weg, um ein bisschen Geld zu machen".

Diese extreme Aussage spricht für sich selbst. Wir können Wolfensohn und andere Vertreter der Weltbank nur einladen, nach Rabinal zu kommen und mit den Überlebenden von Río Negro zu sprechen.

Rights Action lädt die Vertreter der Weltbank dazu ein, ihre Herzen zu öffnen und die Geschichte der Massaker anzuhören, die Geschichte der Folter, der Flucht und des Überlebens. Dann könnten sie selbst entscheiden, ob die Überlebenden einfach daran interessiert sind "ein bisschen Geld zu machen".

Ignorante staatliche Menschenrechtspolitik

Guatemala, 17. Aug. Die vermeintlich 'neue' Menschenrechtspolitik der Regierung, die Präsident Portillo demonstriert, indem er vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) die staatliche Verantwortung in zehn Fällen übernahm, stiess in Menschenrechtskreisen auf breite Kritik (siehe ¡fijáte! Nr. 216).

Als ein Beispiel für diese Kritik und als Ergänzung zum vorangehenden Artikel, veröffentlichen wir Ausschnitte aus einem Leitartikel von Nery Villatoro Robeldo, der in der Tageszeitung *Siglo XXI* erschienen ist.

Beunruhigend ist, dass auch ausländische BerichterstatterInnen nicht davor gefeit sind, dem heuchlerischen Diskurs Portillos zu verfallen, wie z.B. der Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 12. August beweist, in dem die Wiedergutmachungsversprechungen Portillos in den Himmel gelobt und mit keinem Wort die Kritik und Forderungen der Menschenrechtsorganisationen erwähnt werden.

"Das Hauptziel dieser Art von Menschenrechtspolitik ist, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen und den Ruf als menschenrechtsverletzender Staat loszuwerden.

Gleichzeitig aber herrscht eine grosse Diskrepanz zwischen dem Diskurs und der Praxis. Zum einen ist da die Beförderung von Personen in Regierungsstellen, deren Verstrickung in Menschenrechtsverletzungen und Völkermord, in die Folterung und Ermordung zehntausender GuatemaltekinInnen hinlänglich bekannt ist. Erinnert sei an die kürzliche Ernennung von Byron Barrientos zum Innenminister und Elmer Aguilar Moreno zum Vizechef der Polizei (beides ehemalige Geheimdienstler), oder die Ernennung von Luis Mendizábal (Gründer eines parastaatlichen Geheimdienstes) zum Direktor der Migrationsbehörde.

Auf der andern Seite ist seit ein paar Monaten eine Zunahme von Drohungen und Anschlägen gegen VertreterInnen der Volksorganisationen zu verzeichnen,

die an die schlimmsten Zeiten der achtziger Jahre erinnert. Erinnert sei an verschiedene Überfälle auf Büros von sozialen Organisationen, telefonische Todesdrohungen gegen deren MitarbeiterInnen, die Entführung der Professorin Mayra Gutiérrez, die Brandstiftung im Genossenschaftsladen in einer Flüchtlingsrückkehrgemeinde, die kürzliche Ermordung eines Gewerkschafters, die Ermordung eines ehemaligen Kämpfers der URNG und zweier Kooperativisten, das Wiederaufleben der Zivilpatrouillen in Form von lokalen Sicherheitskomitees, etc. Diese Beispiele zeigen, dass es nicht nur eine Diskrepanz zwischen dem Diskurs der Regierung und der Realität gibt, sondern, dass sich diese Realität sogar noch verschlechtert hat.

Eine Frage bleibt offen: Akzeptiert die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* diese Realität bzw. legitimiert sie diese noch, indem sie besagtes Wiedergutmachungsabkommen mit der guatemaltekischen Regierung unterschreibt?"

Dezentralisierter Geheimdienst?

Guatemala, 18. Aug. Edgar Gutiérrez, Leiter des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), reichte einen Gesetzesentwurf ein, der die staatliche Informationspflicht regeln soll: Es soll in Zukunft nicht der Willkür eines Funktionärs oder einer Funktionärin überlassen sein, ob und in welcher Art die Öffentlichkeit über Entscheide und Projekte der Regierung informiert wird.

Der Gesetzesentwurf legt auch die Fristen fest, nach deren Ablauf geheime Dokumente oder Namen veröffentlicht werden sollen. Gutiérrez betonte, dass er in seinem Gesetzesentwurf die Empfehlungen des Sonderbeauftragten für Pressefreiheit der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OAS), der kürzlich im Land weilte, berücksichtigt habe.

Weiter schlug Gutiérrez die Gründung einer Kommission vor, die aus VertreterInnen verschiedener Parteien zu-

sammengesetzt ist und Einblick in die Pläne sowie Kontrolle über das Budget des *Sekretariats für strategische Analysen* hat.

Ein weiterer Vorschlag des SAE ist die Eröffnung regionaler Büros. Ein Pilotversuch ist bereits in Huehuetenango angelaufen, in Quetzaltenango, dem Petén und andern Regionen sollen nächstens regionale Büros eröffnet werden. Das Ziel der Dezentralisierung ist laut Gutiérrez, in direktem Kontakt zur Zivilgesellschaft zu stehen und der Regierung die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung weiterleiten zu können. Es sollen auf regionaler Ebene die Ursachen von Migration, Arbeitslosigkeit und Armut, aber auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Friedensabkommen, untersucht und angegangen werden. Insgesamt verspricht sich der Leiter der SAE eine Optimierung der Arbeit seiner Institution.

Die Idee der regionalen Büros der SAE stösst bei den sozialen Organisationen auf Ablehnung. Es wird befürchtet, dass sich diese zu Kontroll- und Überwachungsinstanzen wandeln, wie sie aus der Zeit des bewaffneten Konfliktes bekannt sind.

Laut Eleonora Muralles von der Vereinigung *Familienangehöriger und FreundInnen gegen Delinquenz und Entführung* (FADS) hat die Bevölkerung noch zu wenig Vertrauen in den 'neuen' Geheimdienst, da dieser zu wenig transparent funktioniert. Zu gegenwärtig sei in der Erinnerung der Leute der Geheimdienst der vergangenen Jahre.

"Die Aufgabe des SAE ist nicht die Kontrolle der Bevölkerung, sondern sie besteht darin, den Präsidenten bei der Suche nach Lösungen zu beraten, um aus der gegenwärtigen Krise heraus zu kommen, in der das Land steckt", erklärte Muralles.

Landfrage: Seilziehen geht weiter

Guatemala, 17. Aug. Bei einer öffentlichen Veranstaltung hat die *Paritätische Kommission für Landfragen der indigenen Bevölkerung* (COPART) einen Bericht über die *Elemente der Agrarproblematik* veröffentlicht und Präsident Portillo das Versprechen abgenommen, die "Entscheidung und Abkommen der COPART zu unterstützen".

Die COPART wurde aufgrund des

Friedensabkommens über die Identität und Rechte der indigenen Völker gebildet und begann im Juli 1997 offiziell zu arbeiten. Im Vorfeld kam es zu Meinungsverschiedenheiten, nicht nur über die Zusammensetzung dieser Kommission, sondern generell über die Vertretung der indigenen Bevölkerung in den für die Landfragen zuständigen Institutionen.

Das Ziel der COPART (in der die Regierung, die BäuerInnen und die Indigenas vertreten sind) ist, die sozialen, politischen und institutionellen Bedingungen zu schaffen, um eine Lösung für die Landproblematik zu finden. In ihrem Bericht zählt die Kommission sieben prioritäre Punkte auf, die sie verfolgen will. Dazu gehört der Landfonds, dessen Schaffung am 13. Mai 1999 vom Kongress gutgeheissen wurde. Weiter soll am Landkataster gearbeitet werden, an der Regulierung von Besitz, an der Verteilung von Ländereien und an der Schaffung einer unabhängigen Schlichtungsstelle für Landkonflikte.

Ebenso will sich die Kommission für die Ausarbeitung von Umweltschutzgesetzen einsetzen, für die Anerkennung des traditionellen, ökologischen Umgangs der Indigenavölker mit der Erde und für die Schaffung eines nationalen Landwirtschaftsinstituts.

Die kürzlich erfolgte Ernennung Leopoldo Sandovals zum Landwirtschaftsminister und das öffentliche Bekenntnis Portillos, "etwas zu tun", lies-

sen die Hoffnung wieder etwas aufkeimen, dass sich bald eine Verbesserung in der Landfrage abzeichnen könnte. Sandoval spielte eine wichtige Rolle bei der Verhandlung und Umsetzung des Abkommens zur sozioökonomischen Situation.

Nicht viel Vertrauen diesbezüglich hat Daniel Pascual, Vertreter der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG). In den bald acht Monaten Regierungszeit habe Portillo überhaupt nichts unternommen, um die Landproblematik zu verbessern. Die CNOG habe eine Audienz bei Portillo verlangt, um gemeinsam eine Lösung der ungerechten Landverteilung zu suchen, doch dieser habe auf keine ihrer Petitionen geantwortet, informierte Pascual.

Laut Pascual muss ein Agrarkodex ausgehandelt werden, durch den der Landbesitz geregelt ist und der das bestehende *Gesetz der Ländereitranformation* ersetzt, das von der Regierung nicht eingehalten wird. Die CNOG hat bisher 200 Fälle von Landstreitigkeiten bei der staatlichen *Schlichtungsstelle für Landfragen* (CONTIERRA) deponiert, in denen trotz Verhandlungen bisher keine Lösungen gefunden werden konnten.

Die BäuerInnenorganisationen drohen damit, zusammen mit den betroffenen Gemeinden Massnahmen zu ergreifen, falls sich bis in ein paar Monaten keine konkreten Verbesserungen abzeichnen würden.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Gerüchte über Allianz zwischen ANN und Unionistas

Guatemala, 25. Aug. Die aus den drei Parteien URNG, UNID und DIA zusammengesetzte *Allianz Neue Nation* (ANN) hat ihre offizielle Registrierung als 'Politische Vereinigung' beantragt. Über den Zweck einer politischen Vereinigung heisst es im Wahl- und Parteiengesetz: "Die kulturellen oder politischen Vereinigungen sind weder Partei noch BürgerInnenkomitee (Comité cívico). Sie schliessen sich auf unbestimmte Zeit als Organisation zusammen, um die nationalen Probleme zu kennen, zu studieren und zu analysieren."

Darüber, mit wem sich die zukünftige politische Vereinigung ANN zusammenschliessen wird, kursieren im Moment die wildesten Gerüchte.

Einerseits ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat der ANN, Alvaro Colom, daran, eine Gruppierung (und später Partei) zu gründen, die sich *Encuentro Democrático de Izquierda* (Demokratische Begegnung der Linken) nennt. *Encuentro* sei bereits in vierzehn Departementen aktiv und versuche, diejenigen Linken zu organisieren, die nicht bereits der ANN oder einer ihrer Parteien angehören, erklärte Colom. Sie sehe sich nicht als eine Konkurrenz der Allianz, sondern wolle sich zu einem späteren Zeitpunkt in diese integrieren und

sie stärken. Als offizielle VertreterInnen von *Encuentro* treten Elisa Colom Caballeros, die Schwester von Alvaro Colom und Miguel Angel Sandoval, Ex-Mitglied der aufgelösten politisch-diplomatischen Kommission der URNG, auf.

Die anderen möglichen AllianzpartnerInnen der ANN sind die als *Unionistas* zusammengesetzten ehemaligen PAN-Kongressabgeordneten. Verschiedene Medien berichteten über entsprechende Gespräche zwischen Alvaro Colom, dem ehemaligen PAN-Vizepräsidenten Luis Flores Asturias und der Unionistin Anabella de León.

Diese Version wurde aber sofort demontiert, sowohl von Colom selber wie auch von verschiedenen ANN-Abgeordneten. Colom gab zu, Gespräche mit de León geführt zu haben, dabei sei es aber darum gegangen, innerhalb des Kongresses eine gemeinsame Opposition gegen die *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) zu bilden, was noch lange keine politische Allianz sei. Diese Aussage unterstützten auch die ANN-Abgeordneten Ricardo Rosales ("Lieber allein als in einer Allianz") und Nineth Montenegro ("Ich setzte mich zwar mit anderen Abgeordneten zusammen, aber um Themen des Kongresses und nicht, um Allianzen zu diskutieren").

Trotzdem scheint Colom Visionen einer 'überparteilichen' Allianz zu haben. Im September will er zu einem Diskussionsforum einladen, in dem die Politik der FRG analysiert werden soll. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen konkrete Vorschläge zu einzelnen Themen erarbeitet werden, als erstes zum Thema Arbeit. Colom gibt zu, bereits mit vierzehn Personen über die Möglichkeit eines solchen runden Tisches gesprochen zu haben. Unter anderem hat er mit ehemaligen Militanten der *Nationalen Zentrumsunion* (UCN), mit einer Gruppe von Unternehmern, mit einigen Unionistas und mit einigen Abgeordneten der ANN gesprochen.

Einige Tage bevor die Meldung von möglichen Allianzen mit anderen Parteien oder Gruppierungen öffentlich gemacht wurde, verschwanden bei einem Überfall auf das Büro von Colom persönliche Dokumente, Computer, Disketten und Videos über die Wahlkampagne.

Die Einbrecher hinterliessen Fäkalien auf seinem Schreibtisch, was während der achtziger Jahre oft die 'Unterschrift' der Paramilitärs war. Ein 'normaler' Überfall war es laut Colom jedenfalls nicht, denn die Einbrecher haben weder Bargeld noch Blankochecks mitgenommen.

Gerüchte über bewaffnete Gruppierungen

Guatemala, 24. Aug. Laut Information der UNO-Mission für Guatemala MINUGUA, haben sich in einigen Departementen, speziell Quiché und Guatemala, bewaffnete Gruppierungen reaktiviert. Ein Teil dieser Gruppen stamme aus den ehemaligen Militärstrukturen, andere schliessen sich spontan zusammen, um Überfälle auf Strassen oder Fincas zu unternehmen, hiess es.

In den Departementen Quiché, Petén, in den Verapaces und an der Südküste werden von Edgar Gutiérrez, *Sekretär für strategische Analysen* (SAE), Faustino Sánchez, Sprecher der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) und der *Abteilung für Drogenbekämpfung* (DOAN) die Existenz bewaffneter Gruppierungen vermutet.

Während Gutiérrez zurückhaltend mit seinen Vermutungen ist, wer hinter diesen Gruppen steckt, gibt es für die beiden ändern nur einen Verantwortlichen: der Drogenhandel. Die Drogenhändler verfügten in diesen Gebieten über Lagerhäuser, klandestine Landepisten und Marihuanafelder. Sie seien schwerstens bewaffnet und würden im Petén ausserdem den illegalen Holz-

schlag kontrollieren.

Für Humberto Preti, Ex-Präsident der Landwirtschaftskammer, gibt es zwei Möglichkeiten: Nach ihrer Vorgehensweise und aufgrund ihrer Waffen seien es entweder ehemalige Militärs oder Ex-Guerilleros. Für den Kongressabgeordneten Juan de la Cruz gibt es nur eine Möglichkeit: ehemalige Guerilleros, die unzufrieden sind mit der Umsetzung der Friedensabkommen.

Die URNG lehnt solche Anschuldigungen strikt ab. Seit mehreren Wochen laufe eine Diffamierungskampagne gegen die URNG, die sich in Aggressionen und Drohungen, in verleumderischen Kolumnen und grundlosen Beschuldigungen ausdrücke. Laut Rodrigo Asturias (alias Gaspar Ilom) haben "sich alle unsere KämpferInnen demobilisiert und ihre Waffen abgegeben". Es habe bisher noch keineR der ehemaligen KämpferInnen eines Deliktes überführt werden können, weshalb die Argumente eine Erfindung derjenigen seien, die die Struktur der URNG zerstören wollen.

Für die URNG ist die Regierung schuld mit ihrer Unfähigkeit, dem Dro-

genhandel und dem organisierten Verbrechen etwas entgegenzusetzen. Es sei das einfachste, die Ex-Guerilla für alles verantwortlich zu machen. Leider würden viele Leute mangels anderer Information diese Version glauben, was zur Folge habe, dass die Bevölkerung ein schlechtes Bild von der URNG bekomme.

Ein weiteres Beispiel aus dieser Gerüchteküche ist ein Brief, den das guatemaltekeische Aussenministerium zugespielt bekam. In diesem Brief wird der ehemalige Guerillakommandant César Montes gebeten, eine Gruppe namens *Bewegung zur Rückeroberung Belizes* militärisch auszubilden.

César Montes war Mitbegründer der *Fuerzas Armadas Rebeldes* (FAR), trat aber später aus der URNG aus und lebte im Exil. Durch seine Teilnahme in der Gruppierung *Izquierda Unida* fand nach 1997 wieder eine Annäherung an die linke Bewegung statt.

Montes wehrte sich gegen die Unterstellung, er stehe mit bewaffneten Gruppierungen in Kontakt und warf der belizischen Regierung vor, dass sie überhaupt auf ein solches Gerücht reagiere.

500 Flüchtlingsfamilien kehrten nach Mexiko zurück

La Trinitaria, Mexiko, 20. Aug. Die freiwillige Rückkehr von 500 repatriierten Flüchtlingsfamilien nach Mexiko bedeutet eine klare Kritik an der guatemaltekischen Flüchtlingspolitik. Über die Gründe für diesen Entscheid gibt es verschiedene Erklärungen:

Laut MINUGUA sind es die mangelnden Voraussetzungen für ein würdevolles Leben in Guatemala, welche die RückkehrerInnen erneut ins Exil trieb. Auch ehemalige KämpferInnen der URNG würden immer häufiger nach Mexiko auszuwandern, weil sie in Guatemala bisher weder zu Land noch zu einem Einkommen gekommen seien.

Carlos Montejo, Vizepräsident der *Beratenden Versammlung der Entwurzelten Bevölkerung* (ACPD), erklärte, die Gründe für die Rückkehr in die Gemeinden, wohin sie vor der Repression in Guatemala geflüchtet sind, seien sehr komplex. Als Hauptgründe nennt Montejo die Enttäuschung über die Nichteinhaltung der Friedensabkommen durch die guatemaltekische Regierung, Probleme mit dem Landbesitz, gesundheitliche Probleme sowie fehlende Grundlagen für ein würdevolles Leben kommen dazu. Oftmals haben die Flüchtlinge in Mexiko besser gelebt, hatten Arbeit und ein

Einkommen und fühlten sich nun von der guatemaltekischen Regierung hintergangen, die ihnen soviel versprochen und nichts eingehalten hat.

Fernando López, Sprecher des *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ), begründete die freiwillige Rückkehr der RückkehrerInnen mit Problemen, die die Leute an den Orten hatten, wo sie zur Repatriierung angesiedelt wurden. Oftmals seien die Familien nicht in die Orte zurückgekommen, in denen sie früher gelebt haben, sondern willkürlich angesiedelt worden. Das habe zu Problemen mit den neuen NachbarInnen geführt, mit denen sie sich oft nicht einmal verständigen konnten. Somit habe ihre Rückkehr nach Mexiko nicht mit mangelnder Aufmerksamkeit seitens der Regierung, sondern mit persönlichen Problemen zu tun, erklärte López.

Für Werner Wellman von der Koordination der NGO's und Kooperativen (CONGCOOP) ist die Migration ehemaliger guatemaltekischer Flüchtlinge nach Mexiko kein neues Phänomen. Die meisten MigrantInnen sind Jugendliche, viele von ihnen im mexikanischen Exil geboren, für die die Rückkehr nach Guatemala ein Kulturschock war. Die Adaption an ein anderes Schul- und Gesund-

heitssystem, die sozialen Probleme, die mangelnde juristische Unterstützung beim Erwerb von Land, die Unsicherheit und die konstante Militärpräsenz in ihren Gemeinden, sind Probleme, mit denen die RückkehrerInnen konfrontiert werden.

Laut Wellman sind 80% der Rückkehrgemeinden noch von Nothilfeprogrammen abhängig. Die Regierung fühle sich nicht bemüssigt, eine klare Entwicklungspolitik einzuführen, die den RückkehrerInnen ein längerfristiges Einkommen garantiere, kritisierte er.

Die URNG fordert von der Regierung eine Revision ihrer Politik und die Bereitstellung notwendiger Finanzen zur Befriedigung der Bedürfnisse der zurückgekehrten Flüchtlinge.

Ein Vertreter der mexikanischen Migrationsbehörde informierte, dass nach Mexiko zurückgekehrte GuatemaltekInnen sich dem *Legalisierungsprogramm für MigrantInnen* anschliessen können, das in Chiapas eingeführt wurde. Das Problem sei, dass nicht alle zurückkehrenden Personen sich bei den mexikanischen Behörden meldeten, sondern viele sich versteckt hielten, wie sie das von ihrer ersten Flucht her gewohnt seien.

Finanzabkommen unter Zeitdruck

Guatemala, 26. Aug. Die Komplexität des Finanzabkommens und die Verschiedenheit der an den Verhandlungen teilnehmenden Gruppierungen führen dazu, dass der Verhandlungsprozess nur stockend verläuft. Bis zum 2. September muss jedoch der Finanzminister das Budget fürs kommende Jahr vorlegen, wobei gewisse Steuereinnahmen zuerst im Finanzabkommen definiert werden müssen, bevor sie in die Jahresrechnung aufgenommen werden können. Die weiteren Verhandlungen über das Finanzabkommen finden deshalb unter grösstem Zeitdruck statt.

Da es so schien, als würden der *UnternehmerInnenverband* (CACIF) und das *Kollektiv der sozialen Organisationen* in verschiedenen Fragen nicht zu einer Einigung kommen, sah sich MINUGUA zusammen mit der *Beleitkommission der Friedensabkommen* gezwungen, vermittelnd einzugreifen. So wurde ein neuer Zeitplan erstellt, um die noch ausstehenden Punkte zu diskutieren. Die Themen, an denen sich die Geister scheiden, sind:

Maquilas: Das *Kollektiv der sozialen Organisationen* und die Regierung

fordern eine Erhöhung der Gehälter der MaquilaarbeiterInnen, bevor sie bereit sind, über Steuervergünstigungen für die Maquilabesitzenden zu diskutieren. Die Unternehmer argumentieren damit, dass die Diskussion der Gehaltserhöhung nicht in dieses Gremium gehöre. Dafür fordern sie eine Erweiterung der Vergünstigungen und vermehrte Anreize für Investoren.

Freihandelszonen: Der CACIF und die Regierung wollen die geltenden Vergünstigungen in den Freihandelszonen beibehalten. Das *Kollektiv der sozialen Organisationen* hinterfragt diese Regelung mit dem Argument, dass niemand bevorteilt werden soll.

Energiesteuer: Die sozialen Organisationen und die Regierung plädieren für die Abgabe einer Energiesteuer. Die 765 Grossbezieher von Elektrizität bezahlen heute 0.66 Quetzales pro Kilowattstunde, im Gegensatz zu der über einer Million 'Normalbezieher', die 1.10 Quetzales pro KWH bezahlen. Die Regierung schlägt eine Steuer für die Grossbezieher vor. Der CACIF argumentiert, dass auch die Diskussion dieses Themas nicht in der Agenda vorgesehen sei.

Mehrwertsteuer: Nachdem sich die Regierung immer gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen hatte, mit der Begründung, sie wolle die Interessen der Bevölkerung schützen, schlug sie nun eine Erhöhung von 10 auf 12% vor. Die sozialen Organisationen sprechen sich nicht explizit gegen eine Erhöhung aus, fordern aber gleichzeitig eine Gehaltserhöhung von 15%, wogegen sich natürlich der CACIF ausspricht.

In einem anderen Zusammenhang erklärte der neugewählte Präsident des CACIF, Luis Fernando Montenegro, dass im Laufe des Jahres 250 Tausend Personen arbeitslos geworden seien. Kein Sektor sei von der Krise verschont, doch am meisten betroffen sei das Baugewerbe, da es fast keine Darlehen gäbe oder nur zu horrenden Zinsen.

Obwohl die Diskussionen um das Finanzabkommen sehr stockend verlaufen und immer wieder vom Scheitern bedroht sind, äusserten sämtliche TeilnehmerInnen ihr Interesse an der Weiterführung des Dialogs und rufen gegenseitig zu Kooperation und Verhandlungsbereitschaft auf.

Ein weiterer Fall von Straflosigkeit?

Guatemala, 17. Aug. Beinahe vielversprechend sah die Aufklärung des Falls der Ermordung der beiden Umweltaktivisten Edwin Haroldo Ochoa López und Julio Armando Vásquez aus. Die beiden waren Mitarbeiter des *Nationalen Rates für geschützte Gebiete* (CONAP) und wurden Ende März dieses Jahres in Izabal erschossen (siehe ¡fijáte! Nr. 206).

Die Gewerkschaft der *ArbeiterInnen des Wald- und Umweltschutzes* (FE-SITRASMAR) setzte sich dafür ein, dass eine Strafuntersuchung eingeleitet und zu Ende geführt wurde und meldete, die Untersuchungsbehörden hätten einen ehemaligen Oberst für schuldig befunden und verhaftet.

Dabei handelt es sich um Sergio Otoniel Ponciano García, gegen den die beiden ermordeten Umweltaktivisten

eine Untersuchung wegen illegalem Holzschlag führten. Am Tag ihrer Ermordung hatten sie eine Unterredung mit Ponciano García und der Gouverneurin von Izabal. Am Schluss des Treffens drohte der Ex-Militär den beiden, "sie stünden auf seiner Liste".

Diese Meldung erschien in verschiedenen Tageszeitungen und wurde auch von der Nachrichtenagentur CERIGUA verbreitet. Alles sah danach aus, als sei der Fall abgeschlossen.

Doch es kam anders: Am Tag darauf dementierte der zuständige Staatsanwalt die Verhaftung Ponciano García's. Die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen. Es gäbe einen zweiten Verdächtigen, einen Politiker aus der Gegend, dessen Name er nicht nennen wolle, um die Untersuchung nicht zu behindern.

Einige Tage später erschienen bei CERIGUA zwei Polizisten der Abteilung für ökologische Verbrechen und der Mordkommission. Sie wollten von den Angestellten der Nachrichtenagentur wissen, woher sie die Information über die Beteiligung Ponciano Garcías an der Ermordung der beiden Umweltschützer habe. Obwohl die Agentur ihre Informationen von der Polizei selber und aus anderen Medien bezog, verlangten die beiden die Personalien der für die Meldung zuständigen Journalistinnen.

CERIGUA betrachtet das Vorgehen der beiden Polizeibeamten als einen weiteren Einschüchterungsversuch gegen die Nachrichtenagentur und reichte Klage gegen die beiden bei der Polizei selber, bei MINUGUA, der Staatsanwaltschaft und dem Menschenrechtsabgeordneten ein.

Verletzung der universitären Autonomie

Guatemala, 19. Aug. Der Rektor der Universität San Carlos (USAC), Efraín Medina, und der neue Innenminister Byron Barrientos trafen eine Übereinkunft, die es der Polizei ab sofort wieder erlaubt, auf dem Gelände der Universität Verhaftungen vorzunehmen.

Begründet wurde dieser Schritt damit, dass den auf dem Universitätsgelände begangenen Verbrechen, wie der

Verkauf von Drogen, Autodiebstahl und Vergewaltigung etwas entgegengesetzt werden müsse.

Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren betrat bei diesem Anlass ein Innenminister die Einrichtungen der Uni.

Die StudentInnenvereinigung (AEU) betonte, dass dieses einseitige Abkommen des Rektors die Autonomie der Universität verletze. Sie werde alles

daran setzten, um der Polizei den Zutritt aufs Universitätsgelände zu verwehren.

VertreterInnen der AEU trafen sich mit Menschenrechtsorganisationen um abzuklären, wie Polizeiübergriffe auf dem Unigelände verhindert werden können. Das Verhalten des Rektors gefährde die Ruhe und Sicherheit an der Universität, die nach 30 Jahren Repression langsam zu spüren gewesen sei.

Guatemala-Jahrestagung

Vom **10. - 12. November 2000** findet in **Freiburg i.B.** die Guatemala-Jahrestagung statt, zu der wir hiermit alle Interessierten herzlich einladen.

Im Januar 2000 trat Präsident Alfonso Portillo von der Partei Republikanische Front Guatemalas (FRG) sein Amt an. Damit hat die Partei des ehemaligen Diktators Ríos Montt die Regierungsmacht inne, was auf nationaler und internationaler Ebene zunächst Verunsicherung und Misstrauen hervorrief. Anfangs brachte diese Regierung Leben in die politische Situation des Landes, indem sie z.B. integere Persönlichkeiten aus Menschenrechtsorganisationen einbinden konnte. Durch gerichtliche Klagen gegen hohe Angehörige des Militärs wird Druck auf diese Institution ausgeübt. Soziale Bewegungen versuchen in diesem Kontext, neue politische Räume zu kreieren und zu nutzen.

Im Rahmen der Tagung sind Fachreferate zu folgenden Themen geplant:

- **Der Kampf gegen die Straflosigkeit**
- **Frauenorganisation**
- **Politische Veränderungen seit Beginn der FRG-Regierung**

Veranstaltungsort ist die Jugendherberge Freiburg i.B. Die Kosten werden inkl. Übernachtung und Verpflegung bei ca. 100 DM liegen. Bettwäsche kann gegen eine Leihgebühr in der Jugendherberge geliehen oder selbst mitgebracht werden.

Achtung: Aus organisatorischen Gründen muss die Anmeldung spätestens bis zum **9. Oktober 2000** erfolgen.

Bitte gebt an, ob Ihr in der Jugendherberge übernachtet, einen Kinderhütendienst braucht und ob Ihr VegetarierInnen seid.

Anmeldung und Informationen bei: Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn

Tel. 0049/(0)228/634552

Fax. 0049/(0)228631226

E-Mail. is.guate@web.de